

Mag. Barbara Schwarz
Landesrätin



Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 14.11.2016
zu Ltg.-**1110/A-5/210-2016**
~~Ausschuss~~

Herrn
Präsidenten des NÖ Landtages
Ing. Hans Penz

St. Pölten, am 14. November 2016

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage der Abgeordneten Tröls-Holzweber betreffend Schließung von Landwirtschaftlichen Fachschulen und Gewerblichen Berufsschulen in Niederösterreich, Ltg.-1110/A-5/210-2016, teile ich soweit meine Zuständigkeit gegeben ist, Folgendes mit:

Eingangs ist festzuhalten, dass sich die Rahmenbedingungen für die Ausbildung im Bereich der Landwirtschaft, insbesondere der künftigen Hofübernehmer fundamental geändert haben. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft schreitet rasch und sichtbar voran:

Waren 1970 noch 101.262 Betriebe in Niederösterreich aktiv, so gibt es derzeit 41.570 Land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Statistik Austria 2010). Die Betriebe in NÖ werden zwar weniger, dafür aber größer. Spezialisierung in den einzelnen Landwirtschaften steht im Vordergrund – mit zunehmend anderem, auf alle Fälle jedoch mit speziellem Know-how erscheinen opportun. Aber auch die Diversität in der Landwirtschaft und mit dieser zahlreiche Strömungen der Gesellschaft bzgl. Nahrung, Haltung von Tieren und Gesund prägen hin künftig die Form der Landwirtschaft.

Ebenfalls neuen Herausforderungen, insbesondere jedoch demographischer Natur haben sich unsere gewerblichen Landesschulen zu stellen.



Im Bereich der Landesberufsschulen sind die Schülerzahlen durch den Lehrlingsrückgang in den letzten Jahren auf derzeit 16.977 SchülerInnen gesunken (Vergleich 2007/2008: 20.721 SchülerInnen).

Aufgrund dieses gesellschaftlichen und demographischen Wandels war für die NÖ Landesregierung als Schulerhalter der Landwirtschaftlichen Fachschulen und Landesberufsschulen Handlungsbedarf gegeben.

Ein weiterer Handlungsbedarf ergibt sich auch aus dem baulichen Investitionsbedarf in beiden Schulbereichen.

Nach Aufbereitung der vorhandenen Daten im Amt der NÖ Landesregierung wurde ein Auftrag im Sommer 2016 an die Donau Universität Krems zur Betrachtung und Beurteilung der Analysen erteilt. Der Auftrag an die Donau Universität Krems umfasste nicht die Pläne einer Umstrukturierung, sondern eine wissenschaftliche Analyse hinsichtlich Schülermeinung generell zum Thema Schule und Schulstandort, eine betriebswirtschaftliche Analyse der derzeitigen Schulstandorte und eine pädagogisch-didaktische Analyse der Unterrichtsmethoden.

Seitens der Studienautoren wurden unter anderem folgende betriebswissenschaftliche als auch pädagogische Feststellungen getroffen:

„...Durch die Erarbeitung und Umsetzung eines regionalen Konzeptes für Optimierungen der Standorte entsprechender Schulen in NÖ können Ressourcen zusammengeführt werden, wodurch betriebswirtschaftliche Synergieeffekte erzielt werden können. Die Zusammenführung von Standorten der Landesberufsschulen bzw. landwirtschaftlichen Fachschulen kann zu einer Verbesserung und Erweiterung des Weiterbildungsangebots an den konzentrierten Standorten beitragen und die Entwicklungsarbeiten einzelner Schulen entlasten.

Ressourcen- und Kosteneinsparungen sind durch die Nutzung der gemeinsamen Infrastruktur, Ausstattung und Verwaltung möglich. Viele der in der Studie untersuchten Schulen weisen einen hohen Investitionsbedarf auf, während die Zusammenführung und Neukonzipierung der Schulen nicht nur hohe Verwaltungs- und Personalkosten reduzieren, sondern auch die Instandhaltung deutlich erleichtern und

mittelfristig kosteneffizienter machen kann. Durch eine geringere Anzahl an Schulgebäuden, die gewartet werden müssen, können sowohl die finanziellen als auch personellen Ressourcen neu alloziert, und somit die Lebenszyklen der entsprechenden Gebäude verlängert werden. Viele der Schulen können ohne hohe Investitionen ihren Status quo nicht beibehalten, sodass eine Erhöhung der Kapazitätsauslastung und eine Konzentration der Standorte aus betriebswirtschaftlicher Sicht positive Effekte auslösen würde.

Da jeder einzelne Standort einen gewissen Overhead in Hinblick auf allgemeine Raumressourcen, Verwaltung und sonstige Infrastruktur erforderlich macht, ist durch eine inhaltlich sinnvolle Konzentration der Standorte über eine höhere Auslastung größerer Einheiten von einer Erhöhung der betriebswirtschaftlichen Effizienz durch eine Senkung der Instandhaltungskosten sowie der administrativen Overheads auszugehen. Abseits der wirtschaftlichen Diskussion kann die Zusammenfassung inhaltlich verwandter Ausbildungsschienen auch zu didaktischen Synergien und damit einer höheren Ausbildungsqualität beitragen. Der volkswirtschaftlich negative Effekt durch eine mögliche Fehlbelegung der Standorte (Mismatch zwischen den angestrebten Qualifikationen und dem angebotenen Curriculum) lässt sich nicht methodisch einwandfrei quantifizieren, führt jedoch ebenfalls zu nachteiligen Auswirkungen fragmentierter Strukturen.

Weitere positive Effekte, die durch eine Zusammenlegung der Schulen entstehen können, sind höhere Diversität unter SchülerInnen und eine Erweiterung sowohl des schulischen als auch extra-curricularen Angebots, was wiederum zu einer höheren Bildungsqualität führen kann.

Eine geographisch besser strukturierte Lage der einzelnen Bildungsangebote zwischen den Schulen kann zu einem weiteren Vorteil führen: Die Schwerpunktsetzung der Schulen wird fokussierter, und es kann zu einer Reduktion der Kannibalisierungseffekte zwischen Schulen führen. So können Redundanzen zwischen den Angeboten in räumlicher Nähe zueinander dafür verantwortlich sein, dass weder an dem einen Standort noch an dem anderen Standort eine kritische Masse aus betriebswirtschaftlicher, aber auch didaktischer Sicht erreicht werden kann, auch in Hinblick auf die Qualifikationen der Lehrpersonen.

Bei der Zusammenführung der Schulen gleichen Typs müssen entsprechende Organisationsstrukturen neu erarbeitet und umgesetzt werden, wodurch höhere Effizienz und deutliche Einsparpotentiale in den Personalkosten zu erwarten sind. Des Weiteren wird eine bessere Kooperation mit Vereinen und anderen Bildungseinrichtungen zu erwarten.

Sowohl die Landesberufsschulen (LBS - gewerbliche Berufsschulen) als auch die Landwirtschaftlichen Fachschulen (LFS) mit 2 angeschlossenen LWBS (Landwirtschaftlichen Berufsschulen in Edelfhof und Langenlois) werden vom Land Niederösterreich als Schulerhalter erhalten.

(aus dem pädagogischen Teil)

Die Analyse des gewerblichen und landwirtschaftlichen Schulwesens zeigt eine langfristig „gewachsene“ Struktur, welche regionale Schwerpunktsetzungen in Ansätzen erkennen lässt und aufgrund der unsystematischen Anordnung bzw. Verteilung einen dringenden Reformbedarf sichtbar macht.

Eine Neuordnung der Berufsbildung erfordert entsprechend einer modernen/zeitgemäßen Didaktik einen modulartigen Aufbau, welcher Anrechnungen für weitere Ausbildungen anerkennt und eine Employability über das gesamte Arbeitsleben unterstützt....“

Aufgrund der Faktenlage und der Projekte in den einzelnen Abteilungen wird seitens der NÖ Landesregierung nunmehr ein Investitionspaket in der Höhe von € 100 Mio. entwickelt.

Ziel ist, die Synergien der beiden Schulsysteme in baulicher als auch personeller Hinsicht zu heben. Daraus resultierende neue Kompetenzzentren sollen hin künftig einen zukunftsorientierten Unterricht - an die sich stetig weiter entwickelnde Berufsbilder angepasst – zu garantieren.

Komplimentär wollen wir unseren zukünftigen Lehrlingen und Landwirten eine moderne Infrastruktur auf höchster Qualität anbieten.

Es wurden auch mit den Interessenvertretungen Projekte zur Neugestaltung der Schwerpunkte sowohl in fachlicher als auch didaktischer Hinsicht begonnen, bei denen die Leiter und Leiterinnen ihre fachliche, pädagogische Expertise einbringen können. Die betroffenen Bürgermeister und Funktionäre wurden bereits ersucht, gemeinsam mit dem Land NÖ eine zukunftsorientierte Nachnutzung der freiwerdenden Kubaturen zu entwickeln. So wurde dazu zum Beispiel im Waldviertel begonnen, eine gemeindeübergreifende Arbeitsgruppe zu bilden, um Ideen zu sammeln und die Chance zu ergreifen, ein regionsübergreifendes, wirtschaftlich nachhaltiges Projekt zu erarbeiten (Waldviertler Kernland).

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass alle derzeitigen Bediensteten (Lehrpersonal und Verwaltungspersonal) weiterbeschäftigt werden und sich die geplanten Maßnahmen über einen Zeitraum von bis zu 5 Jahren erstrecken werden. Um die einzelnen Lehrkräfte als auch Bediensteten des Landes NÖ bei diesem Veränderungsprozess zu unterstützen, wurden die Personalvertreter in die Besprechungen vor Ort eingebunden.

Auch für unsere Schülerinnen und Schüler gilt: Sie können jene Ausbildung, die sie begonnen haben, ohne Änderungen am derzeitigen Standort beenden.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Barbara Schwarz e. h.
Landesrätin